

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Geschäftsbereichsbüro 400
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Uwe Sperling 563 69 07 563 81 34 Uwe.Sperling@stadt.wuppertal.de
	Datum:	07.06.2010
	Drucks.-Nr.:	VO/0463/10 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
08.06.2010	Bezirksvertretung Barmen	Empfehlung/Anhörung
08.06.2010	Bezirksvertretung Heckinghausen	Empfehlung/Anhörung
09.06.2010	Bezirksvertretung Elberfeld-West	Empfehlung/Anhörung
09.06.2010	Bezirksvertretung Vohwinkel	Empfehlung/Anhörung
09.06.2010	Bezirksvertretung Cronenberg	Empfehlung/Anhörung
10.06.2010	Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg	Empfehlung/Anhörung
15.06.2010	Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg	Empfehlung/Anhörung
22.06.2010	Seniorenbeirat	Empfehlung/Anhörung
22.06.2010	Integrationsausschuss	Empfehlung/Anhörung
22.06.2010	Ausschuss für Umwelt	Empfehlung/Anhörung
23.06.2010	Ausschuss für Kultur	Empfehlung/Anhörung
23.06.2010	Ausschuss für Verkehr	Empfehlung/Anhörung
24.06.2010	Sportausschuss	Empfehlung/Anhörung
24.06.2010	Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit	Empfehlung/Anhörung
29.06.2010	Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und Betriebsausschuss ESW	Empfehlung/Anhörung
29.06.2010	Ausschuss für Schule und Bildung	Empfehlung/Anhörung
30.06.2010	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen	Empfehlung/Anhörung
30.06.2010	Ausschuss für die Gleichstellung	Empfehlung/Anhörung
01.07.2010	Jugendhilfeausschuss	Empfehlung/Anhörung
01.07.2010	Betriebsausschuss Gebäudemanagement	Empfehlung/Anhörung
06.07.2010	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung und gemeinsamer Betriebsausschuss APH / KIJU	Empfehlung/Anhörung
06.07.2010	Bezirksvertretung Ronsdorf	Empfehlung/Anhörung
06.07.2010	Bezirksvertretung Oberbarmen	Empfehlung/Anhörung
07.07.2010	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung
07.07.2010	Bezirksvertretung Elberfeld	Empfehlung/Anhörung
08.07.2010	Rechnungsprüfungsausschuss	Empfehlung/Anhörung
12.07.2010	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2014 - Teil II		

Grund der Vorlage

Der Rat der Stadt hat bereits am 15.03.2010 40 Maßnahmen zur Kenntnis genommen, die als Geschäft der laufenden Verwaltung umgesetzt werden. Weitere 7 Maßnahmen des HSK sind beschlossen worden. Insgesamt ergibt sich ein Volumen von 44.886.950 €.

Mit dieser Vorlage werden dem Rat der Stadt weitere 9 Maßnahmen mit einem Volumen von 4.709.000 € zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beschlussvorschlag

Zur weiteren Umsetzung des HSK 2010 – 2014 werden folgende Maßnahmen beschlossen:

- 3.2.6 Bergische VHS – Zuschussreduzierung
- 4.2 Erhöhung Hundesteuer
- 4.3 Erhöhung Vergnügungssteuer
- 5.3 u. 6.1 Maßnahmen im Jugend- und Sozialbereich
- 9.4 Prüfung einer Betreiberlösung für das Stadion
- 10.6 Reduzierung der Anzahl der Geschäftsbereiche
- 13.2 Schaffung einer Leistungseinheit „Bürgerservice“
- 13.6 Weiterentwicklung des Regionalbüros
- 13.15 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Zu 3.2.6 - Bergische VHS – Zuschussreduzierung

Der Verbandsversammlung wird zur Sitzung am 09.07.10 der Wirtschaftsplan vorgelegt, der Maßnahmen berücksichtigt, die zu der vorgeschlagenen Zuschussreduzierung führen. Die Vertreter der Stadt Wuppertal in der Verbandsversammlung sollen in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung am 06.07.10 beauftragt werden, den Wirtschaftsplan zu beschließen (siehe VO 0429/10).

Zu 4.2 - Erhöhung Hundesteuer

Siehe dazu VO 0481/10 zur Satzungsänderung. Die Einnahmeverbesserung ist gegenüber dem HSK von 360.000 € auf 380.000 € erhöht.

Zu 4.3 - Erhöhung Vergnügungssteuer

Siehe dazu VO 0480/10 zur Satzungsänderung. Die Einnahmeverbesserung ist gegenüber dem HSK von 500.000 € auf 720.000 € erhöht.

Zu 5.3 und 6.1 - Maßnahmen im Jugend- und Sozialbereich

Das HSK sieht unter Ziffer 5.3 die Kürzung/Streichung von Zuschüssen im Jugendbereich um 500.000 € sowie unter Ziffer 6.1 die Kürzung/Streichung von Zuschüssen im Sozialbereich um 450.000 € vor.

In den Gesprächen, die die Verwaltung geführt hat, hat sich ergeben, dass die zunächst von der Verwaltung vorgesehenen Kürzungen überwiegend keine Mehrheit finden. Dazu hat der Geschäftsbereich 2.1 Alternativen vorgeschlagen, die das gleiche Volumen haben. Dabei handelt es sich um folgende Maßnahmen:

- Investitionskostenzuschüsse an Träger sozialer Einrichtungen	3.800 €
- Streichung des Zuschusses an Tacheles e.V.	5.200 €
- stationäre und teilstationäre Betreuung Obdachloser	100.000 €
- Betreuung für Erwachsene, Outsourcing an Betreuungsverein	100.000 €
- Vermeidung von Heimunterbringungen (Steigerung der ambulanten Hilfen auf 45%)	300.000 €
- Ausgabenreduzierung bei der Obdachlosenbetreuung (verbesserte Refinanzierung durch Dritte)	100.000 €
- Intensivierung der arbeitsmarktlichen Integration (Ausgabenreduzierung AsylBLG)	200.000 €
- gemeinsame hausmeisterliche Dienste (R 204 wird für R 105 tätig)	75.000 €
- Aufgabenveränderung im NOSD II-Vertrag (SkF übernimmt Betreuung der Pflegefamilien)	<u>75.000 €</u>
	959.000 €

Zu 9.4 – Prüfung einer Betreiberlösung für das Stadion

Da die im HSK vorgeschlagene Lösung, die Stadion-Unterhaltung dem WSV zu übertragen, vermutlich nicht realisierbar ist, wird die Verwaltung beauftragt, eine Betreiberlösung zu prüfen, die gleich hohe Einsparungen ermöglicht. Das HSK sieht diese Maßnahme für das Jahr 2012 vor.

Zu 10.6 - Reduzierung der Anzahl der Geschäftsbereiche

Die Zahl der Geschäftsbereiche wird von sieben auf fünf reduziert. Als Folge der Auflösung des Geschäftsbereiches 3 wird dem Rat der Stadt zu seiner Sitzung am 12.07.2010 eine Vorlage zur Neuordnung der Geschäftsbereiche vorgelegt. Die Auflösung des Geschäftsbereiches 1.1 erfolgt im Verlaufe des Jahres 2013.

Zu 13.2 - Schaffung einer Leistungseinheit „Bürgerservice“

Die im HSK vorgeschlagene Schaffung der neuen Leistungseinheit „Bürgerservice“ wird unverändert Mitte 2011 umgesetzt. Allerdings werden abweichend vom ursprünglichen Verwaltungsvorschlag als Ergebnis der Gespräche mit der Politik die Öffnungszeiten der Bürgerbüros auf lediglich zwei Tage pro Woche reduziert. Dadurch ergibt sich eine Einsparung von 300.000 € pro Jahr.

Zu 13.6 - Weiterentwicklung des Regionalbüros

Im Zusammenhang mit einer Neuordnung der EU-Förderung innerhalb der Stadtverwaltung und im Verhältnis zur Bergischen Entwicklungsagentur ist auch eine Weiterentwicklung des Regionalbüros und der Regionalagentur vorgesehen, die die im HSK genannte Einsparung ermöglicht. Dazu wird auf die entsprechende Verwaltungsvorlage verwiesen.

Zu 13.15 – Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung

An der Umsetzung der Maßnahme wird grundsätzlich zeitversetzt festgehalten. Weitere Gespräche mit der Bezirksregierung und der Unfallkommission sind zu führen.

Anlagen

01 - Tabellarische Aufstellung der Maßnahmen